

Warten auf den Fahrplan

Klimaaktionsplan in Buchholz: Nach dem Treffen am 25. August sollen Maßnahmen umgesetzt werden

os. Buchholz. Dass die Stadt Buchholz ihr Ziel, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden, mit den vorhandenen Kapazitäten nicht erreichen wird, ist spätestens seit der Vorstellung des Klimaaktionsplans durch das Hamburg Institut Anfang Juli klar (das WOCHENBLATT berichtete). Bei der jüngsten Sitzung des Buchholzer Stadtrates wurde deutlich: Während die einen Lokalpolitiker das Maßnahmenpaket eher erweitern wollen, wollen sich die anderen auf weniger, schnell umsetzbare Maßnahmen konzentrieren. Klarheit erhoffen sich

alle Beteiligten von einem Treffen Donnerstag der kommenden Woche, 25. August, mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Klimaforum.

Wie berichtet, hatte das Hamburg Institut innerhalb eines Jahres einen Katalog mit 62 Maßnahmen erarbeitet, mit deren Hilfe der Ausstoß von Treibhausgasen in Buchholz spürbar zurückgehen



Wird das Streckennetz des Buchholz Bus ausgebaut? Das ist eine der im Klimaaktionsplan vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen Foto: Stadtwerke Buchholz

soll. Wenn die Stadt jetzt schnell handele, könnten bis zum Jahr 2035 bis zu 67 Prozent der Treibhausgase im Vergleich zum Jahr 2020 eingespart werden, erklärte Robert Werner, Co-Geschäftsführer des Hamburg Instituts.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören u.a. die Erstellung eines Solardachkatalogs, das Repowering der

Windenergieanlagen auf dem Trelder Berg oder ein Konzept zur Kapazitätsausweitung des Buchholz Bus.

Die Buchholzer Liste drängte im Stadtrat darauf, möglichst umgehend mit Klimaschutzmaßnahmen zu beginnen. „Wir müssen global denken und lokal ambitioniert handeln“, betonte Grit Weiland, Ratsfrau der Buchholzer Liste.

Während die Anträge, wirksame Sofortmaßnahmen noch für das Jahr 2022 vorzulegen sowie Klimaschutzmaßnahmen für die beiden Folgejahre zu benennen, im Rat Zustimmung fanden, lehnte die Mehrheit des Rates u.a. den Antrag ab, die Ostumfahrung gemäß ihrer Klimawirkung im Klimaaktionsplan einzuordnen. Weiland und Grünen-Politiker Christian Vargel forderten zudem, keine Neubaugebiete mehr auszuweisen, sondern Wohnungen im Bestand zu sanieren.

Bürgermeister Jan-Hendrik Röhse erklärte, dass die Diskussion „rein akademischer Natur“ sei. Es sei sinnvoll, zunächst einen Fahrplan für die kommenden zwei Jahre zu erarbeiten. Investitionen danach seien von den dann geltenden Gesetzen und Förderszenarien abhängig. Röhse betonte, dass nach dem Treffen am 25. August Maßnahmen festgelegt und im Haushalt finanziell ausgestattet würden.